

Bremische Bürgerschaft

Landtag

19.Wahlperiode

Anfrage in der Fragestunde des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)

„Abschiebung von EU-Bürgern“

Ich frage den Senat:

1. EU-Bürger welche in Deutschland Sozialleistungen beziehen, werden aufgrund einer Gesetzesänderung ab diesem Jahr abgeschoben: Ist es richtig, dass dies teilweise in Monatsfrist geschehen soll- auch wenn der Lebensmittelpunkt der betroffenen Bürger seit über zehn Jahren in Deutschland liegt und wenn diese aus Staaten stammen, in denen z. B. massenhafter Sozialhilfebetrug unbekannt ist?
2. Sieht der Senat die Diskrepanz im Umgang des deutschen Staates mit zugewanderten Nicht-EU-Bürgern und teilt der Senat die Meinung, dass die neue gesetzliche Regelung wegen dieser Diskrepanz denkbar ungeeignet ist, die Problematik der Freizügigkeit mit Balkanstaaten als abgearbeitet anzusehen?
3. Sollen auch im Land Bremen EU-Bürger mit hiesigem Lebensmittelpunkt aus west- und nord-europäischen Staaten in Monatsfrist abgeschoben werden?

Alexander Tassis. Einzelabgeordneter AfD